



Sozialdemokratische Partei
Landratsfraktion

Herr
Samuel Zingg
Landratspräsident
Rathaus
8750 Glarus

17.08.2026

Postulat

Schutz für Mensch und Tier vor der zunehmenden Hitze

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf Art. 81 der Landratsverordnung reichen wir folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Regierungsrat prüft, welche Massnahmen einzuleiten und umzusetzen sind, um den Schutz vor den Auswirkungen der zunehmenden Hitze auf Menschen und Tiere zu gewährleisten.

Begründung

Wir erleben im Sommer 2026, dass die grosse Hitze die Gesundheit der Menschen und Tiere und die Natur beeinträchtigt. Gemäss Kantonsverfassung haben Kanton und Gemeinden die Aufgabe, sich gegen die nachteiligen Auswirkungen der Klimaveränderung einzusetzen und dafür zu sorgen, dass dazu geeignete Massnahmen umgesetzt werden (Art. 22a). Ausserdem ist laut Gesundheitsgesetz der Kanton für die Gesundheitsprävention zuständig (Art. 4).

Die Probleme bestehen auf mehreren Ebenen und sind umfassend. Die Auswirkungen auf die Gesundheit sind gross (Anstieg von Herzproblemen, bestehende Übersterblichkeit, Notfälle). Ältere Menschen in den Heimen oder alleinlebend zu Hause sind wegen der Hitze besonders gefährdet, da ihre Thermoregulation schneller versagt und das Durstgefühl abnimmt; die Folgen sind Verwirrtheit und Stürze durch Dehydrierung. Das Gesundheitssystem wird noch mehr belastet. Kinder und Jugendliche können sich in der Schule weniger konzentrieren. Wer draussen arbeitet (Bau, Wald, Landwirtschaft, etc.), ist der Hitze direkt ausgesetzt. Alle diese Faktoren wirken sich negativ auf die Gesundheitsprävention aus.

Auch indirekt sind die Gesundheit und die Sicherheit durch die Hitze gefährdet: Der Schutzwald verliert an Stärke, die Wasserreserven nehmen ab. Trockene, erwärmte Bäche führen zu einem grossen Fischsterben. Die Böden sind ausgetrocknet, die Erträge und somit die Ernährungssicherheit sinken. Es besteht Brandgefahr und dadurch für Polizei und Feuerwehr eine zusätzliche Belastung. Mögliche Massnahmen (nicht abschliessend) könnten langfristig eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung sein (sie wird finanziell durch den Bund unterstützt); Rückhaltebecken, um Niederschläge aufzufangen - auch auf der Alp; ein dichter Uferbewuchs für die Beschattung der Bäche, Anpassungen bei der Wohnsituation in Alters- und Pflegeheimen und für draussen Arbeitende, etc. Ebenfalls sollten kurzfristige, bei einer Hitzewelle zu ergreifende Massnahmen definiert werden – wie z. B. Kontrolltelefone bei alten alleinstehenden Menschen. So könnte ein Hitzeschutz-Massnahmenplan schnell umsetzbare Punkte für den Sommer 2027 enthalten und langfristig in den verschiedenen betroffenen Bereichen Eingang finden.

Wir bitten den Regierungsrat, dieses Problem fundiert und entschlossen anzugehen, damit wir im Glarnerland besser vor den kommenden Hitzewellen geschützt sind.

Mit hochachtungsvollen Grüssen und im Namen der SP-Fraktion:

Sabine Steinmann, Landrätin, Mitglied EnUmK

Werner Stefan Kälin, Landrat